

---

**Vorsitz: Vereinigte Staaten von Amerika**

## **968. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 17. Februar 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr  
Unterbrechung: 13.00 Uhr  
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr  
Schluss: 15.25 Uhr

2. Vorsitz: C. Austrian

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte die Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/2/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/60/21) (FSC.DEL/60/21/Add.1), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/64/21), Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/59/21 OSCE+), Kanada, Russische Föderation (Anhang 1), Polen, Litauen (Anhang 2)

Punkt 2 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN UND TRAGBARE LUFTABWEHRSYSTEME (MANPADS)

- *Vortrag von M. Schroeder, Senior Researcher, Small Arms Survey*
- *Vortrag von K. Chandler, Leiterin der US-amerikanischen behördenübergreifenden Arbeitsgruppe zu MANPADS*

- *Vortrag von A. Borde, Leiter Risikoeinschätzung, französische Zivil-  
luftfahrtbehörde*

Vorsitz, M. Schroeder, K. Chandler (FSC.DEL/54/21 OSCE+), A. Borde (FSC.DEL/53/21 OSCE+), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/63/21), Schweiz (FSC.DEL/55/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/58/21 OSCE+), Frankreich (Anhang 3), Kanada, Ukraine (FSC.DEL/61/21 OSCE+), Serbien (Anhang 4), Russische Föderation (Anhang 5), Türkei (Anhang 6), Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland) (Anhang 7), FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Österreich) (Annex 8)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Finanzierungsbeiträge zu Hilfsprojekten betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition im OSZE-Raum: Bosnien und Herzegowina, Liechtenstein (Anhang 9), Spanien, FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Österreich) (Anhang 10)*
- (b) *Virtueller FSK-Lunch am 24. Februar 2021: Vorsitz*
- (c) *Treffen des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition am 25. Februar 2021: Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland)*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 24. Februar 2021, um 10.00 Uhr über Videokonferenz

---

**968. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 974, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

am 12. Februar dieses Jahres jährte sich die Unterzeichnung des Maßnahmenpakets zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zum sechsten Mal, das von den Staats- und Regierungschefs der Länder des „Normandie-Formats“ uneingeschränkt unterstützt wurde. Heute, am 17. Februar, begehen wir den sechsten Jahrestag der einstimmigen Billigung dieses Dokuments durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, durch die das Maßnahmenpaket fester Bestandteil des Völkerrechts wurde. Die grundlegende Rolle des Maßnahmenpakets ist klar: Es hat spürbar zur Stabilisierung der Lage in der Ostukraine beigetragen, indem es die aktivste Phase der von der ukrainischen Regierung begonnenen Feindseligkeiten beendet hat, und es hat auch einen Weg zum Frieden und zivilen Dialog skizziert.

Die Russische Föderation vertritt weiterhin konsequent den Standpunkt, dass eine vollständige Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets durch den direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Lugansk erforderlich ist. Alle Möglichkeiten und Mechanismen zur Förderung einer umfassenden, friedlichen Regelung sind vorhanden.

Gleichzeitig kommen wir nicht umhin anzumerken, dass der Prozess der friedlichen Beilegung leider durch die aggressive Rhetorik der Ukraine erschwert wird, die anstatt praktische Schritte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu unternehmen, diese völlig ignoriert, und lediglich den Anschein erweckt, sich um die Förderung einer Regelung im Donbass zu bemühen. Unter Verletzung des Maßnahmenpakets dauert der Beschuss von Wohngebieten in der Ostukraine bis heute an; die Blockade von Handel, Wirtschaft und Verkehr geht weiter; der Austausch von Gefangenen ist ins Stocken geraten, und Fragen betreffend die Amnestie sind nicht gelöst. Im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) verfolgen die Vertreterinnen und Vertreter der Ukraine eine „konsequente und prinzipientreue Haltung“, die darauf hinausläuft, die Vorschläge, die von den Vertreterinnen und Vertretern aus Donezk und Lugansk eingebracht werden, nicht in Betracht zu ziehen oder auch nur eines Wortes zu würdigen.

Nach sechs Jahren gibt es immer noch keine Antwort auf die Frage: Wie genau beabsichtigt die Ukraine den Konflikt friedlich, das heißt mit nicht-militärischen Mitteln, zu lösen? Wie stellt sich die ukrainische Regierung den zukünftigen Status des Donbass in der Ukraine vor? Das ist die Schlüsselfrage, die die Ukraine im Einklang mit dem Maßnahmenpaket am Tag nach dem Abzug der schweren Waffen, d. h. ab dem 9. März 2015 beantworten hätte sollen. Die Aussichten auf eine Regelung der Lage in der Ukraine hängen direkt von der Lösung dieser Probleme ab. Politische und sicherheitspolitische Maßnahmen sind eng miteinander verknüpft und sollten gleichzeitig umgesetzt werden.

Es spricht Bände, dass die ukrainische Regierung und die Führung der ukrainischen Streitkräfte den bevorstehenden Jahrestag auf ihre eigene Weise feierten, indem sie zynischerweise Siedlungen im Donbass unter Beschuss nahmen. Über einer Oberschule im Dorf Solotoje (Region Donezk) ging erneut ein Kugelhagel nieder. Die ukrainischen Streitkräfte haben weitere zusätzliche Truppen an die Kontaktlinie verlegt; ferner verzeichnete die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) viele Fälle des Einsatzes von militärischem Gerät in Wohngebieten. Obwohl die bewaffnete Konfrontation im Donbass bereits mehr als 13 000 Menschenleben gefordert hat, zeigt die ukrainische Regierung immer noch mangelndes Interesse an einer stabilen Waffenruhe. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Gewalt im Donbass noch länger anhält.

Frau Vorsitzende,

die von den ukrainischen Behörden begonnene Strafaktion gegen die Bevölkerung des Donbass und die darauf folgenden Versuche gewisser Länder, das verbrecherische Vorgehen der ukrainischen Regierung zu rechtfertigen, zeigen jeweils deutlich die wahre Haltung der Betroffenen gegenüber den im Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit festgelegten Verpflichtungen. Unsere westlichen Partner blenden auch gerne aus, dass Dokumente wie die Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen und das OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen unter der Ägide unserer Organisation verabschiedet wurden und weiterhin vollumfänglich gelten. In diesen Dokumenten ist klar festgelegt, dass jeder Teilnehmerstaat bei der Prüfung geplanter Waffentransfers die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Empfängerland sowie die innere Lage im Empfängerland und die regionale Situation in dessen Umgebung im Lichte bestehender Spannungen oder bewaffneter Konflikte berücksichtigen sollte. Unter Verletzung dieser Verpflichtungen wird weiterhin ausländisches militärisches Gerät, das dann in die Konfrontationszone im Donbass gelangt, an die ukrainischen Streitkräfte geliefert, und Experten aus NATO-Ländern bilden ukrainisches Militärpersonal in Ausbildungszentren auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine in der „Kunst des Krieges“ aus.

Mit anderen Worten leisten unsere westlichen Partner der Verletzung durch die ukrainische Regierung von Absatz 10 des Maßnahmenpakets, in dem vom „Abzug aller ausländischer bewaffneter Formationen, militärischen Geräts sowie Söldner aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine unter Beobachtung der OSZE“ die Rede ist, offen Hilfe und begünstigen sie. Wie wir wissen, hat die Ukraine bis jetzt weder den Abzug ausländischer bewaffneter Söldner und militärischen Geräts sichergestellt noch die nationalistischen Bataillone entwaffnet, die faktisch legalisiert und in die ukrainischen Streitkräfte und andere Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden eingegliedert wurden. In Donezker Medien veröffentlichtes Material im Zusammenhang mit dem Verhör des ehemaligen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, A. Taranenko, weist darauf hin, dass weiterhin ultranationalistische Kräfte

in der Zone der bewaffneten Auseinandersetzung ihr Unwesen treiben und regelmäßig provozierende Granatengriffe nahe der Kontaktlinie durchführen.

In den letzten Jahren haben unsere westlichen Partner der ukrainischen Regierung tausende Waffen und militärisches Gerät sowie Millionen Schuss Munition geliefert. Wir möchten nur einige Tatsachen in Erinnerung rufen. Im September 2016 hat Litauen der Ukraine ungefähr 150 Tonnen Munition, hauptsächlich Patronen für AK-47-Kalaschnikow-Sturmgewehre, geliefert und im November desselben Jahres fast 2 Millionen Schuss Munition für verschiedene Arten von leichten Waffen. Im Februar 2017 transferierten die Vereinigten Staaten von Amerika über eine Million Patronen unterschiedlicher Kaliber an die ukrainischen Streitkräfte. 2018 lieferte Polen der Ukraine mindestens 28 000 Splittersprengköpfe und panzerbrechende Sprengköpfe. Müßig zu erwähnen, dass diese Liste nicht vollständig ist.

In diesem Zusammenhang würde ich gerne eine klare und konkrete Antwort von unseren Kolleginnen und Kollegen im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) hören: Wie bewerten sie die Daten der SMM, denen zufolge 75 Prozent der Opfer unter der Zivilbevölkerung seit Beginn des Jahres 2017 auf die Gebiete des Donbass entfallen, die nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten werden? Und was haben sie zur Erklärung des Leitenden Beobachters der SMM, Yaşar Halit Çevik, auf der Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen am 11. Februar 2021 anzumerken? „Im Laufe meiner Arbeit als Leitender Beobachter gab es keinen einzigen Fall, in dem Beobachter die Präsenz russischer Soldaten verzeichneten [...]. In diesem Zeitraum haben wir alle Gebiete beobachtet, in denen das möglich war.“

Die Militarisierung der Ukraine wird dieses Jahr aktiv fortgesetzt. Es wird erwartet, dass die ukrainischen Streitkräfte militärische Güter im Wert von mehr als 100 Millionen Hrywnja erhalten: 10 Millionen Schuss Munition, 3 300 Raketen und Artilleriesysteme, ungefähr 3 000 Geräte zur Aufklärung und Dutzende unbemannten Luftfahrzeuge. Selbstverständlich ist dazu die Hilfe der „Einflüsterer“ der Ukraine aus Übersee vonnöten: Der Außenminister der Vereinigten Staaten A. Blinken sicherte seinem ukrainischen Amtskollegen Dmytro Kuleba in einem Telefongespräch zu, dass die Vereinigten Staaten bereit seien, der ukrainischen Regierung tödliche Waffen zur Verfügung zu stellen.

Wir möchten betonen, dass Teilnehmerstaaten, die der ukrainischen Regierung in irgendeiner Form militärisch-technische Hilfe leisten, gemeinsam mit dem ukrainischen Militär die Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung und für alle weitere Zerstörung im Donbass tragen. Es ist an der Zeit, dass die westlichen „Einflüsterer“ der ukrainischen Regierung endlich aufhören, deren Bemühungen zu unterstützen, den Konflikt nicht als innerukrainischen, sondern als externen darzustellen, die sie unternimmt, um ihre eigene Beteiligung an der Untergrabung der Friedensbemühungen im Donbass zu verschleiern.

Frau Vorsitzende,

als Kovermittler im Friedensprozess betont Russland, dass eine weitere Fortsetzung der bewaffneten Gewalt in der Ostukraine nicht hinnehmbar ist. Alle Verpflichtungen der Ukraine aus den Minsker Vereinbarungen müssen erfüllt werden. Wir fordern unsere internationalen Partner und die externen „Einflüsterer“ der Ukraine auf, von der ukrainische

Führung im Interesse des Friedens in der Ukraine und der Sicherheit in Europa unmissverständlich praktische Schritte im Hinblick auf die Erzielung einer raschen Umsetzung der Bestimmungen des (vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gebilligten) Maßnahmenpakets auf der Grundlage eines direkten und dauerhaften Dialogs zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk einzufordern.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen Sitzung.

---

**968. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 974, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LITAUENS**

Danke, Frau Vorsitzende.

Ich möchte von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen, um auf die Bemerkungen des Vertreters der Russischen Föderation in Bezug auf die militärische Unterstützung der Ukraine durch Litauen zu antworten.

Jedes Land hat das Recht seine Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen. Die Ukraine macht von diesem Recht Gebrauch und verteidigt sich gegen die fortgesetzte Aggression der Russischen Föderation.

In Bezug auf die litauische Unterstützung der Ukraine, möchte ich erneut festhalten, dass sich diese auf das berechtigte Ersuchen der Regierung der Ukraine und den Beschluss der Regierung der Republik Litauen gründet. Das Parlament der Republik Litauen hat die Beteiligung von litauischem Militärpersonal an gemeinsamen Ausbildungsaktivitäten und Übungen mit den Streitkräften der Ukraine autorisiert.

Litauen entwickelt seine militärische Zusammenarbeit und leistet seine Unterstützung offen und transparent und unter vollständiger Achtung seiner internationalen Verpflichtungen. Jede Entscheidung über Waffenausfuhren wird von den zuständigen Behörden Litauens unter vollständiger Einhaltung der geltenden völkerrechtlichen Verträge und Vereinbarungen sowie der EU- und innerstaatlichen Rechtsvorschriften getroffen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit das Bekenntnis Litauens zur Fortsetzung der engen Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium und den Streitkräften der Ukraine bekräftigen.

Lassen Sie mich auch Litauens unerschütterliches Engagement und unsere Unterstützung für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen unterstreichen.

Frau Vorsitzende, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen. Danke.

---

**968. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 974, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Frau Vorsitzende,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Frankreich schließt sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung uneingeschränkt an. Dennoch möchten wir als Vertreter unseres Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Frankreich freut sich, heute Karen Chandler und Matt Schroeder begrüßen zu dürfen, und dankt ihnen für ihr Kommen und für ihre hervorragenden Vorträge.

Wir möchten auch unseren Landsmann Arnaud Borde begrüßen, der uns sein Fachwissen und seine Erfahrung in einem überaus aufschlussreichen Vortrag über die kriminelle Verwendung, der tragbare Luftabwehrsysteme (MANPADS) zugeführt werden können, ihre besorgniserregende Verbreitung und deren Auswirkungen sowie die Strategien, die dagegen entwickelt werden können, weitergegeben hat.

Wie die Vereinigten Staaten von Amerika, denen wir für die erstmalige Aufnahme dieses sehr wichtigen Themas im Forum für Sicherheitskooperation danken, nimmt Frankreich die von der Verbreitung von MANPADS ausgehende Bedrohung und die Gefahr ihrer Umlenkung sehr ernst, genauso wie die von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) ausgehende Bedrohung im Allgemeinen. Die Folgen eines Angriffs unter Verwendung dieses Waffentyps könnten im Hinblick auf die geforderten Menschenleben außerordentlich kostspielig sein, und es ist sehr leicht für nichtstaatliche Akteure, diese Waffen zu erwerben. Frankreich ist insbesondere besorgt über die Gefahr, dass MANPADS oder leichte Waffen der Infanterie verwendet werden, um auf Flugzeuge zu feuern, insbesondere während des Starts und der Landung.

In diesem Zusammenhang wurde 2012 ein Programm aufgelegt, um die Gefahr solcher Angriffe unter Verwendung von MANPADS zu beurteilen und ihr zu begegnen; es wird derzeit von der Generaldirektion Zivilluftfahrt, der A. Borde angehört, geleitet. Dieses Programm besteht aus zwei Unterprogrammen. Das eine davon ist ein nationales Programm, das sich mit der Beurteilung potenzieller Abschussorte rund um französische Flugplätze befasst und einen Folgemechanismus sowie die Sicherung dieser Orte vorsieht. Das andere



Unterprogramm ist international und befasst sich mit der Aufklärung und Schulung örtlicher Behörden in Drittländern, die von Boden-Boden- und Boden-Luft-Waffen ausgehenden Bedrohungen ausgesetzt sind, mit dem Ziel, sie in die Lage zu versetzen, ihre Luftverkehrsinfrastruktur selbst zu beurteilen und die notwendigen Entscheidungen völlig unabhängig zu treffen.

Frankreich beteiligt sich aktiv, wie auch die Vereinigten Staaten, an allen internationalen Treffen zu diesen Fragen, um die durch MANPADS ausgehende Bedrohung zu mindern. Die Bemühungen der OSZE zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW im Allgemeinen sind sehr wichtig und sollten entsprechend gestärkt werden. Diese Bedrohung betrifft den gesamten OSZE-Raum, und nur wenn wir gemeinsam handeln, können wir die unkontrollierte Verbreitung dieser Waffen eindämmen. Heute möchten wir allen Teilnehmerstaaten die Verabschiedung des Beschlussesentwurfs zur Überarbeitung des Praxisleitfadens für die Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen und die Zerstörung von MANPADS vom 28. Oktober 2020 mit der Dokumentennummer FSC.DD/6/20 nahelegen. Es bestehen bereits genug Meinungsverschiedenheiten, auch ohne den potenziellen Fortschritt in diesem Bereich in Geiselnhaft zu nehmen.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/974  
17 February 2021  
Annex 4

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**968. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 974, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SERBIENS**

Frau Vorsitzende,  
Exzellenzen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich dem Vorsitz dafür danken, dass er dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung des Sicherheitsdialogs gesetzt hat, und den Hauptreferentinnen und -referenten für ihre überaus interessanten und gehaltvollen Vorträge. Serbien hat sich der Erklärung der Europäischen Union über tragbare Luftabwehrsysteme (MANPADS) angeschlossen.

Wie bereits mehrfach zuvor erwähnt ersuchen wir den Vorsitz höflich, unter Berücksichtigung des statusneutralen Standpunkts von OSZE-Dokumenten und -Material betreffend das Kosovo und Metochien, die politischen Landkarten in den Vorträgen zu prüfen, bevor sie offiziell präsentiert und verteilt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.

---

**968. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 974, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

wir möchten uns den Danksagungen an den US-amerikanischen Vorsitz für die Ausrichtung dieses Treffens zu tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS) anschließen. Dieses Thema wurde in der OSZE schon eine Weile nicht mehr aufgegriffen, obwohl die internationale Gemeinschaft vor einiger Zeit beträchtliche Bemühungen unternommen hat, den unerlaubten Transfer von MANPADS zu verhüten und sie nicht länger in die Hände von Terroristen geraten zu lassen, indem sie in verschiedenen Foren Instrumente verabschiedete, die eine verlässliche Kontrolle von Lieferungen gewährleisten sollen. Wir danken den Hauptreferentinnen und -referenten für ihre aufschlussreichen Vorträge, die die heutige Diskussion beträchtlich belebt haben.

Die Russische Föderation teilt die Besorgnisse der internationalen Gemeinschaft über die unkontrollierte Verbreitung von MANPADS und befürwortet eine weitere Konsolidierung der internationalen Anstrengungen im Kampf gegen diese gefährliche Entwicklung. Der illegale Waffenhandel ist weiterhin einer der wichtigsten Faktoren bei der Ausweitung und Zuspitzung von Konflikten und nach wie vor die Haupteinnahmequelle terroristischer und extremistischer Gruppen. Obgleich in verschiedenen Bereichen gewisse Fortschritte erzielt wurden, bedarf es nach wie vor großer Anstrengungen, um die Lage grundlegend dahingehend zu verbessern, dass dem unerlaubten Handel mit MANPADS weltweit ein Riegel vorgeschoben wird.

Die Russische Föderation widmet den Aufgaben, die mit der wirksamen staatlichen Kontrolle der Verbreitung von MANPADS auf nationaler Ebene verbunden sind, die gebotene Aufmerksamkeit und verfolgt in der militärtechnischen Zusammenarbeit mit dem Ausland eine verantwortungsvolle Politik, basierend auf den strengen Anforderungen ihres durchdachten Ausfuhrkontrollsystems. Gemäß dem Fragebogen über die politischen Grundsätze und/oder nationalen Praktiken und Verfahren der Teilnehmerstaaten für den Export konventioneller Waffen und verwandter Technologie übermittelt Russland dem OSZE-Sekretariat jährlich Informationen über seine aktuellen nationalen Rechtsvorschriften.

Nach den „Vorschriften für die Beobachtung der Umsetzung der Verpflichtungen durch von ausländischen Staaten benannten Behörden in Bezug auf die beabsichtigte

Verwendung ausgewählter militärischer Güter, die von der Russischen Föderation geliefert werden“ (verabschiedet per Beschluss der Regierung der Russischen Föderation Nr. 604 vom 6. Oktober 2006), unterliegt die Verwendung von MANPADS durch Importeure verpflichtenden Kontrollen. Selbstverständlich dürfen MANPADS ausschließlich zu Zwecken verwendet werden, die im Endabnehmerzertifikat oder anderen offiziellen Dokumenten, in denen die Verpflichtungen eines durch einen ausländischen Staat benannten Organs dargelegt sind, angegeben sind. Die Wiederausfuhr oder der Transfer von MANPADS in Drittländer ohne Zustimmung der Russischen Föderation ist nicht erlaubt. Die Erfüllung der Verpflichtungen in Bezug auf die beabsichtigte Verwendung von MANPADS wird überwacht, um die Möglichkeit auszuschließen, dass diese Waffen weiterverkauft oder an illegale bewaffnete Gruppen, terroristische und extremistische Organisationen, kriminelle Organisationen und Staaten, in die die Lieferung militärischer Güter gemäß den Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen verboten oder eingeschränkt ist, weitergegeben werden.

Es sei darauf hingewiesen, dass die geltenden Vorschriften zur Regelung der Verbreitung von MANPADS und ihrer Munition in den russischen Streitkräften eine wirksame Gewährleistung ihrer Sicherheit ermöglichen. Gemäß der in unserem Land üblichen Praxis werden MANPADS nicht als eigene Waffenkategorie betrachtet, was Nachweisführung, Lagerung und Transport betrifft. Von der Verlässlichkeit unseres Systems zeugt die Tatsache, dass im Laufe der letzten 12 Jahre in den russischen Streitkräften kein einziger Fall bekannt geworden ist, in dem in den russischen Streitkräften MANPADS oder deren Raketen gestohlen worden oder verloren gegangen wären.

Frau Vorsitzende,

die Beteuerungen der Ukraine bezüglich eines transparenten Vorgehens der Regierung bei der Durchführung von Transfers konventioneller Waffen sind fragwürdig. Ich möchte nur ein Beispiel anführen: 2015 verabschiedete das Ministerkabinett der Ukraine den Beschluss, sein Abkommen mit der Regierung der Russischen Föderation über den Austausch von Informationen über MANPADS der Typen Igla und Strela bei der Ausfuhr in Drittländer oder deren Einfuhr aus diesen zu kündigen. Es sei daran erinnert, dass die ukrainische Regierung über einen beträchtlichen Lagerbestand an MANPADS der Typen Igla und Strela (rund 3 900 Abschussvorrichtungen und 14 500 Raketen dafür) verfügt. Mehrere Lieferungen verschiedener Modelle von MANPADS aus der Strela- und Igla-Serie wurden 2010 und 2012 in den Nahen Osten verkauft. Angesichts der instabilen politisch-militärischen Lage in der Ukraine, der mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen in den Lagerstätten und des hohen Ausmaßes an Korruption unter Amtsträgerinnen und Amtsträgern besteht die Gefahr, dass MANPADS gestohlen werden und in die Hände terroristischer Gruppen geraten könnten. Wir fordern die Ukraine eindringlich auf, die Umsetzung von Transparenzmaßnahmen im militärischen Bereich nicht an eine engstirnige politische Agenda zu knüpfen und ein adäquates Maß an Transparenz an den Tag zu legen, was im Zusammenhang mit der laufenden militärischen Operation im Südosten des Landes ganz besonders wichtig ist.

Frau Vorsitzende,

das Konzeptpapier für das heutige Treffen beinhaltet die Frage, welche Schritte das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) und das Konfliktverhütungszentrum setzen sollten, um der Bedrohung durch MANPADS wirksamer begegnen zu können. Wenn man sich auf einen Praxisleitfaden zu Verfahren für die Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen

von MANPADS und für die Vernichtung dieser Systeme einigen und diesen verabschieden würde, könnte dies unserer Auffassung nach erheblich zur Erfüllung dieser Aufgabe beitragen. Darüber hinaus ist es wichtig, die Umsetzung von Hilfsprojekten betreffend MANPADS auf bilateraler Grundlage zu fördern. Beispielsweise leistete unser Land Turkmenistan Hilfestellung bei der Nachweisführung und der Kontrolle der Verwendung dieser Waffen.

Abschließend möchte ich betonen, dass das heutige Treffen nützlich ist. Wir unterstützen die grundsätzliche Stoßrichtung der Diskussion, nämlich, dass Bemühungen zur Verhinderung der unkontrollierten Verbreitung von MANPADS zur Stärkung der Sicherheit im OSZE-Raum beitragen und fortgesetzt werden sollten.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

---

**968. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 974, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Frau Vorsitzende,

wir danken dem US-amerikanischen FSK-Vorsitz, dass er dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung des Sicherheitsdialogs gesetzt hat.

Wir danken auch den Referentinnen und Referenten für ihre aufschlussreichen Vorträge.

Es ist eine Tatsache, dass der unerlaubte Handel mit tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS) und anderen Schusswaffen, dazugehörigen Teilen und Komponenten und Munition eine grenzüberschreitende Bedrohung darstellt und oft mit Terrorismus in Verbindung steht.

Die Verbreitung von MANPADS ist besorgniserregend. Terroristische Gruppen begehen ihre abscheulichen Angriffe mit solchen illegal erworbenen Waffen.

Die Zusammenarbeit und Transaktionen zwischen kriminellen Organisationen und terroristischen Gruppen zum Zwecke des Erwerbs von MANPADS und anderen Waffen zu verhindern, ist zwingend erforderlich.

Alle Staaten sollten alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die potenzielle Gefahr, dass terroristische Organisationen illegale MANPADS und andere Arten von Waffen erwerben, zu vermindern.

Die Türkei ihrerseits bekämpft mehrere terroristische Organisationen, insbesondere Daesh und PKK/PYD/YPG.

Die bei unseren Operationen gegen diese terroristischen Organisationen beschlagnahmten MANPADS und anderen Waffen zeigen die bittere Tatsache, dass diese Terroristen über einen Bestand an solchen Waffen verfügen, dessen Quellen von mehreren Produktionsländern abhängen.

Sogar letztes Wochenende wurden MANPADS und andere Arten von Waffen und Munition, die der PKK/YPG gehörten, von den türkischen Sicherheitskräften bei Einsätzen zur Terrorismusbekämpfung beschlagnahmt.

Die Schmuggler und organisierten kriminellen Gruppen sind eng mit terroristischen Organisationen verbunden. Sie verfügen über alle möglichen kreativen Methoden für den unerlaubten Handel.

Aufgrund der leichten Verfügbarkeit von Waffen und Munition auf dem Schwarzmarkt in verschiedenen Ländern sind terroristische Organisationen in der Lage, hochwertige Sprengstoffe zu kaufen, zu stehlen und/oder zu schmuggeln.

Unserer Auffassung nach ist es in diesem Zusammenhang unser aller Verpflichtung, weiter verstärkte Bemühungen zur Entwicklung und Unterstützung von Programmen auch im Rahmen der OSZE zu fördern, um gegen die Fähigkeit terroristischer Organisationen vorzugehen, MANPADS zu erwerben.

Frau Vorsitzende, ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Ich danke Ihnen.

---

**968. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 974, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER VORSITZENDEN  
DES INFORMELLEN FREUNDESKREISES  
ZU KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN UND  
LAGERBESTÄNDEN KONVENTIONELLER MUNITION  
(LETTLAND)**

Danke, Frau Vorsitzende.  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
geschätzte Vortragende,

in meiner Eigenschaft als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) möchte ich zunächst allen Vortragenden für ihre wertvollen Beiträge und Überlegungen zum Thema des heutigen Sicherheitsdialogs, nämlich tragbare Luftabwehrsysteme (MANPADS) und die Bedrohung durch ihre illegale und unverantwortliche Verbreitung und Verwendung, danken.

Der Arbeit der OSZE im Bereich SALW/SCA zur Stärkung unserer Normen für die Verhütung des illegalen Besitzes, der Verwendung und des Transfers von MANPADS, die wie von den Vortragenden erwähnt, eine direkte Bedrohung für die Zivilluftfahrt, kritische Infrastruktur, Friedenssicherung, das Krisenmanagement und Einsätze zur Terrorismusbekämpfung darstellen, muss die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Denn für das FSK sind MANPADS Teil des allgemeinen Rahmens für Kleinwaffen. Die OSZE beschäftigt sich schon seit Langem mit den Bedrohungen, die MANPADS für die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner darstellen, wie der während des letzten US-FSK-Vorsitzes verabschiedete FSK-Beschluss Nr. 7/03, der FSK-Beschluss Nr. 5/08, der Beschluss Nr. 8/04 des Ministerrats sowie die jüngste Arbeit am Praxisleitfaden für nationale Verfahren zur Verwaltung, Sicherung und Vernichtung von tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS) zeigen. Zusammen genommen bilden die Beschlüsse ein wirksames Maßnahmenpaket zur Stärkung der Kontrolle über die Ausfuhr, den Transfer und die Lagerung von MANPADS.

Es sei darauf hingewiesen, dass die OSZE-Prinzipien für die Ausfuhrkontrolle von MANPADS auf den Anhaltspunkten des Wassenaar-Arrangements für die Ausfuhrkontrolle



von tragbaren Luftabwehrsystemen beruhen. Ich begrüße unsere Kolleginnen und Kollegen vom Wassenaar-Arrangement bei dieser Sitzung.

Frau Vorsitzende,

in meiner Eigenschaft als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um erneut die Bedeutung der Praxisleitfäden der OSZE zu SALW und konventioneller Munition zu betonen, die von allen OSZE-Teilnehmerstaaten gebilligt wurden und allgemein akzeptiert werden, da sie ein gemeinsames Verständnis der Ansätze, Verfahren, Terminologie und in manchen Fällen sogar der technischen Spezifikationen vermitteln.

Ich möchte daran erinnern, dass der Praxisleitfaden für nationale Verfahren zur Verwaltung, Sicherung und Vernichtung von tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS) ursprünglich 2006 von den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschlands, Kanadas, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, Italiens, der Russischen Föderation, Schwedens und der Türkei als Anlage C zum Praxisleitfaden zu nationalen Verfahren für die Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen ausgearbeitet und entwickelt wurde.

Der MANPADS-Praxisleitfaden richtet sich in erster Linie an politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und Fachleute in den zuständigen Behörden der OSZE-Teilnehmerstaaten und der Kooperationspartner, die für das Lebenszyklusmanagement von MANPADS zuständig sind, um zur Verminderung der Risiken einer illegalen Umleitung und Verbreitung beizutragen. Zweitens ist er als Anleitung für die Akteure gedacht, die an technischen Hilfsprojekten im Rahmen des OSZE-Hilfsmechanismus beteiligt sind, das heißt Stellen der um Hilfe ersuchenden und Hilfe leistenden Staaten sowie mit Hilfsprojekten befasste Durchführungsorgane der OSZE.

Im Jahr 2020 übernahmen die Vereinigten Staaten von Amerika die Federführung bei der Aktualisierung dieses Praxisleitfadens, wobei auch Deutschland, das Vereinigte Königreich, die Russische Föderation, die Schweiz und die Feldoperationen der OSZE (Duschanbe, Skopje, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina) Beiträge leisteten.

Nun steht dieser aktualisierte Entwurf des Praxisleitfadens auf der Tagesordnung der Arbeitsgruppe A. Ich hoffe, dass dieses aktualisierte normative Dokument sehr bald verabschiedet wird.

Frau Vorsitzende,

in Ihrem Konzeptpapier zu dieser Sitzung erwähnen sie den Informationsaustausch. Ich möchte auf dieses Thema näher eingehen.

In der OSZE erfolgt der Informationsaustausch über MANPADS im Zusammenhang mit SALW durch die Berichterstattung über die jährlichen SALW-Einfuhren/Ausfuhren/Zerstörungen und Beschlagnahmen, durch den Informationsaustausch über den Transfer konventioneller Waffen und durch das jüngst aktualisierte OSZE-Berichtsformular für die Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE und seiner ergänzenden Beschlüsse.

Als Teil des jährlichen Informationsaustauschs über SALW beinhaltet der Informationsaustausch über MANPADS Angaben zu Ein- und Ausfuhren, zum Herkunftsland, zu Standorten von Zwischenhändlern und zur Anzahl der im Vorjahr zerstörten Waffen. Doch wenn es um MANPADS in den jährlichen SALW-Berichten geht, informieren die Teilnehmerstaaten selten konkret über die Bemühungen zur Kontrolle von MANPADS. So berichtete 2020 beispielsweise nur ein Staat über beschlagnahmte und eingezogene MANPADS. Ein Blick auf den Informationsaustausch über den Transfer konventioneller Waffen zeigt, dass im Jahr 2020 nur neun OSZE-Teilnehmerstaaten über MANPADS berichteten. Dabei ist jedoch zu erwähnen, dass die Teilnehmerstaaten bei ihren Berichten über die Vernichtung von Kleinwaffen MANPADS möglicherweise nicht eigens ausweisen. Ich glaube, dass das Aufmerksamkeit verdient, und die Ursachen für die niedrigen Meldezahlen sollten ermittelt werden.

Ich lege den Teilnehmerstaaten nahe, von dem aktualisierten Berichtsformular für den am 30. Juni fälligen Informationsaustausch (einschließlich des Informationsaustauschs über MANPADS) Gebrauch zu machen. Das aktualisierte Berichtsformular zu SALW (FSC.GAL/110/20) umfasst den Informationsaustausch über Kontrollmaßnahmen bei der Ausfuhr, Einfuhr, Durchfuhr oder Weiterverbringung in Bezug auf Rechtsvorschriften zu SALW (einschließlich MANPADS), zu Ausfuhr-Endnutzerbescheinigungen, zu Kontrollen nach der Lieferung und Kontrollen von Transporten auf dem Luftweg. Das Formular bietet Staaten Gelegenheit, ihren Bedarf an Hilfe in den genannten Bereichen anzugeben. Wir sollten diese Angaben dazu nutzen, um zu ermitteln, wie wir die Informationsaustausche verbessern und für unsere Arbeit nutzbar machen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

---

**968. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 974, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DES FSK-KOORDINATORS FÜR  
HILFSPROJEKTE BETREFFEND KLEINWAFFEN UND  
LEICHTE WAFFEN UND LAGERBESTÄNDE  
KONVENTIONELLER MUNITION (ÖSTERREICH)**

Frau Vorsitzende,  
Exzellenzen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in meiner Eigenschaft als FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) möchte ich die Bedeutung des heutigen Themas – tragbare Luftabwehrsysteme (MANPADS) – unterstreichen, und den geschätzten Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Podiumsdiskussion für ihre wertvollen Beiträge und Einsichten danken. Wie von den Vorrednerinnen und Vorrednern betont wurde, sollten die allgemeinen multidimensionalen Auswirkungen unsicherer und missbräuchlich verwendeter MANPADS nicht unterschätzt werden. Diese Auswirkungen hängen unmittelbar mit den zentralen Problemen zusammen, die mit den OSZE-Verpflichtungen auf dem Gebiet von SALW angegangen werden sollten, nämlich: (a) die übermäßige und destabilisierende Anhäufung und (b) die unkontrollierte Verbreitung von SALW.

In den letzten 15 Jahren und mehr haben die Durchführungsorgane der OSZE – genauer gesagt das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) und die Feldoperationen – mehr als zehn Hilfsprojekte zu SALW und SCA umgesetzt, die zumindest mittelbar zur Auseinandersetzung mit verschiedenen Sicherheitsaspekten in Bezug auf MANPADS beigetragen haben. OSZE-Teilnehmerstaaten in Zentralasien, Osteuropa, dem Südkaukasus und Südosteuropa haben von der Hilfe bei der Aufrüstung der baulichen Infrastruktur von SALW-Lagern, bei der Verbesserung der Vorschriften und Verfahren für die Verwaltung von Lagerbeständen von SALW und die Sicherungspraxis und beim Aufbau von Kapazitäten für die Entsorgung überschüssiger und ausgesonderte SALW, darunter MANPADS, profitiert.

Frau Vorsitzende,

es gibt eindeutig noch immer Besorgnisse und Herausforderungen in Bezug auf MANPADS im OSZE-Raum. Meiner Meinung nach sind folgenden Maßnahmen eine geeignete Antwort darauf:

Auf politischer Ebene müssen wir anerkennen, dass die Besorgnisse und Herausforderungen in Bezug auf MANPADS erfordern, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten einen Ansatz für das Lebenszyklusmanagement verfolgen, der eine angemessene Kontrolle (a) der Herstellung, (b) der Eigentumsübertragung, (c) des sicheren Umgangs, Transports und der sicheren Lagerung und (d) der Entsorgung gewährleistet. Diese Phasen müssen durch Kennzeichnung, das Führen von Aufzeichnungen und Rückverfolgung und andere Transparenzmaßnahmen angemessen unterstützt werden. Die derzeitige Aktualisierung und geplante Herausgabe eines eigenen Praxisleitfadens zu MANPADS ist ein guter Anfang, wobei ich mich in diesem Zusammenhang den Worten meiner Kollegin, der Vorsitzenden des Informellen Freundeskreises zu SALW und SCA, betreffend diese wichtige normative Arbeit anschließen möchte. Es wären jedoch weitere Schritte erforderlich, um die weiteren Phasen des Lebenszyklus von MANPADS anzugehen.

Noch einmal zur politischen Ebene: Die Anerkennung der Herausforderungen und Besorgnisse in Bezug auf MANPADS – als Element von SALW – ist Teil eines umfassenden Ansatzes für Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum. In diesem Zusammenhang möchte ich die Aussagen unseres ersten und dritten Redners in Bezug auf die Problemanalyse (beispielsweise das Erkennen des unerlaubten Handels und der Improvisation durch nichtstaatliche Akteure) und Aspekte der vorgeschlagenen Strategien zur Eindämmung (beispielsweise im Hinblick auf Information, Zuständigkeit, Leistungsvermögen und Koordinierung) unterstreichen. Diese Herausforderungen und Besorgnisse müssen in den gemeinsamen Sitzungen des FSK und des Ständigen Rates und den Ministerratsbeschlüssen (und -erklärungen) und in den konzeptuellen Ansätzen zu Fragen wie der Unterstützung der Gesamtbemühungen der OSZE bei der Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und konventionellen Waffen (CA) ihren Niederschlag finden bzw. in diese einfließen. Ein möglicher Weg in die Zukunft könnte im österreichischen Reflexionspapier zur Ausarbeitung eines eigenständigen Praxisleitfadens zum Thema der weiteren Operationalisierung der Normen zu SALW und CA und der Prinzipien und Maßnahmen zur Untersuchung, Verhütung und Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und SCA zu finden sein.

Auf programmatischer Ebene möchte ich im Hinblick auf die im Konzeptpapier hervorgehobene Diskussionsfrage zur möglichen Unterstützung der Teilnehmerstaaten durch die OSZE betonen, wie wichtig es ist, den Transfer nachahmenswerter OSZE-Verfahren an die OSZE-Teilnehmerstaaten zu erleichtern, die um Hilfe in diesem Bereich ersuchen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Bedeutung eines umfassenden Ansatzes bei der Beurteilung des Bedarfs an Hilfe betonen, wobei auf Fähigkeiten wie die folgenden geachtet werden sollte: regulatorische und organisatorische, Schulung/Ausbildung, Infrastruktur und Material, Personal, Informationsmanagement und Sicherheit. Anschließend muss dieser Bedarf in Hilfsprojekte überführt werden, was auch die Wirkung der bereits geleisteten Hilfe weiter absichern könnte. Zusätzlich könnte es sehr vorteilhaft sein, an die Partner in Asien und im Mittelmeerraum heranzutreten, sobald dieses Verfahren erprobt wurde.

Ebenfalls auf programmatische Ebene sollten die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit in der OSZE (zum Beispiel über die Achse KVZ – Abteilung für grenzüberschreitenden Bedrohungen) und gemeinsame Projektbemühungen, die sich mit grenzüberschreitenden Bedrohungen – wie Terrorismus, organisierter Kriminalität oder Grenzschutz und -manage-

ment – befassen, als Regel und nicht als Ausnahme betrachtet werden. Die Durchführungsorgane der OSZE haben bereits als Antwort auf Hilfsersuchen mehrere solche umfassende Hilfsprojekte in Südosteuropa und der Ukraine entwickelt und auf den Weg gebracht.

Abschließend möchte ich den Teilnehmerstaaten für die bereits geleistete, konkrete Arbeit zu MANPADS danken und zu weiteren Bemühungen zu diesem Thema als Teil des umfassenden Sicherheits- und Stabilitätsansatzes ermutigen.

Frau Vorsitzende, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

---

**968. Plenarsitzung**

FSK Journal Nr. 974, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LIECHTENSTEINS**

Frau Vorsitzende,

die Bedrohung durch den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) und deren übermäßige Anhäufung zu verringern, ist nach wie vor von großer Bedeutung für die Stärkung von Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum. Da es zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung beiträgt, ist das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) ein wertvolles Forum zur Erörterung der diesbezüglichen Herausforderungen und Chancen.

Liechtenstein hat in den letzten Jahren regelmäßig außerbudgetäre Mittel für SALW- und SCA-Hilfsprojekte bereitgestellt. Es freut mich, Sie heute über zwei zusätzliche Beiträge in diesem Bereich zu informieren. Beide stehen im Zusammenhang mit der wertvollen Arbeit der OSZE in Bosnien und Herzegowina.

Erstens hat Liechtenstein vor kurzem beschlossen, das außerbudgetäre Projekt „Sicherheitstechnische Aufrüstung von Munitions- und Waffenlagerungsstätten in Bosnien und Herzegowina (SAFE-UP BiH)“ mit einem zusätzlichen Betrag von rund 9 000 Euro (10 000 Schweizer Franken) zu unterstützen. Wir haben dieses Projekts seit 2016 regelmäßig mit mittlerweile insgesamt rund 70 000 Euro (75 000 Schweizer Franken) unterstützt, wie zuvor schon das Vorgängerprojekt „Aufrüstung der Infrastruktur von Munitions- und Waffenlagerungsstätten in Bosnien und Herzegowina (SECUP BiH)“. Wir sehen dem erfolgreichen Abschluss des SAFE-UP BiH-Projekts erwartungsvoll entgegen und hoffen, dass unsere Finanzierung dazu beitragen wird.

Zweitens hat Liechtenstein in Fortsetzung seiner Unterstützung der Arbeit der OSZE in Bosnien und Herzegowina beschlossen, einen Beitrag in Höhe von rund 14 000 Euro (15 000 Schweizer Franken) zum außerbudgetären Projekt zur „Befassung mit den Sicherheitsrisiken des unerlaubten Besitzes, Missbrauchs und unerlaubten Handels von SALW und deren Munition in Bosnien und Herzegowina“ zu leisten. Wir freuen uns auf die Arbeit im Rahmen dieses wichtigen neuen Projekts.

Abschließend, Frau Vorsitzende, möchten wir unsere Bereitschaft zum Ausdruck bringen, eine Fortsetzung unserer Finanzierung von SALW-/SCA-Hilfsprojekten zu prüfen

und wir ermutigen natürlich andere, eine (weitere) Unterstützung in diesem Bereich in Erwägung zu ziehen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen. Danke.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/974  
17 February 2021  
Annex 10

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**968. Plenarsitzung**

FSK Journal Nr. 974, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DES FSK-KOORDINATORS FÜR  
HILFSPROJEKTE BETREFFEND KLEINWAFFEN UND  
LEICHTE WAFFEN UND LAGERBESTÄNDE  
KONVENTIONELLER MUNITION (ÖSTERREICH)**

Frau Vorsitzende,  
Exzellenzen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

bitte erlauben Sie mir, in meiner Eigenschaft als FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend SALW und SCA die folgende Erklärung abzugeben.

Zunächst möchte ich Liechtenstein für seinen freiwilligen Beitrag zu zwei außer-budgetären Projekten im Bereich SALW und SCA in Bosnien und Herzegowina meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Es ist ermutigend, dass Liechtenstein, das immer ein beständiger Unterstützer war, sich entschlossen hat, weiter zu den OSZE-Bemühungen im Umgang mit Sicherheitsrisiken in Bosnien und Herzegowina beizutragen.

Zweitens danke ich Spanien für seinen Beitrag zum regionalen OSZE-Projekt zur „Stärkung der OSZE-Aktivitäten gegen die unerlaubte Verbreitung von SALW und SCA“. Dieses Projekt ermöglicht unter anderem eine weitere Unterstützung für die Ergänzung der normativen Grundlage der OSZE für SALW und SCA und eine bessere Umsetzung ihrer praktischen Hilfsprojekte. In diesem Zusammenhang kann die wichtige Arbeit an der Aktualisierung der Praxisleitfäden oder interner Wissensprodukte, wie des Leitfadens zu Hilfsprojekten, vorangebracht werden. Im Rahmen dieses Projekts ist auch die Entwicklung eines SALW- und SCA-Portals geplant, das den OSZE-Teilnehmerstaaten und allen Akteuren einen Überblick über den Stand der Umsetzung praktischer Hilfsprojekte und Einzelheiten dazu geben soll.

Ich möchte auch andere Teilnehmerstaaten dazu einladen, sich den OSZE-Bemühungen im Bereich von SALW und SCA anzuschließen und die zahlreichen Aktivitäten zu unterstützen, wozu im nächsten Monat Gelegenheit sein wird. Erlauben Sie mir, Sie auf ein Gebertreffen zum erwähnten OSZE-Regionalprojekt für Südosteuropa aufmerksam zu machen, das am Dienstag, dem 23. März, von 14.00 bis 16.30 Uhr, stattfinden wird. Auf diesem Gebertreffen, das vom US-amerikanischen FSK-Vorsitz ausgerichtet und von der



Ständigen Vertretung Deutschlands bei der OSZE als Kovorsitz mit geleitet wird, werden die Erfahrungen der OSZE-Teilnehmerstaaten und der Gebergemeinschaft mit der Verstärkung der Maßnahmen gegen die unerlaubte Verbreitung von SALW und SCA in Südosteuropa durch Hilfsprojekte vorgestellt und erörtert. Unter der Dokumentennummer FSC.DEL/49/21 wurde eine Einladung dazu verteilt, die ich Sie bitten möchte an die Hauptstädte weiterzuleiten. Bitte beachten Sie, dass für dieses Treffen die Teilnehmerzahl pro Delegation nicht begrenzt ist. Ich ersuche Sie daher, diese Mitteilung an Ihre Kolleginnen und Kollegen in den Hauptstädten weiterzuleiten und sie zur Teilnahme an der Veranstaltung zu ermutigen, da sie die Gelegenheit bietet, sich über weitere Einzelheiten des OSZE-Portfolios in Südosteuropa zu informieren. Ebenso ermutige ich Sie, diese Veranstaltung selbst zu nutzen, um sich über die neuesten Entwicklungen zu informieren sowie Möglichkeiten für Synergien, weitere Koordinierung und Unterstützung zu ermitteln.

Frau Vorsitzende, ich ersuche Sie höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.